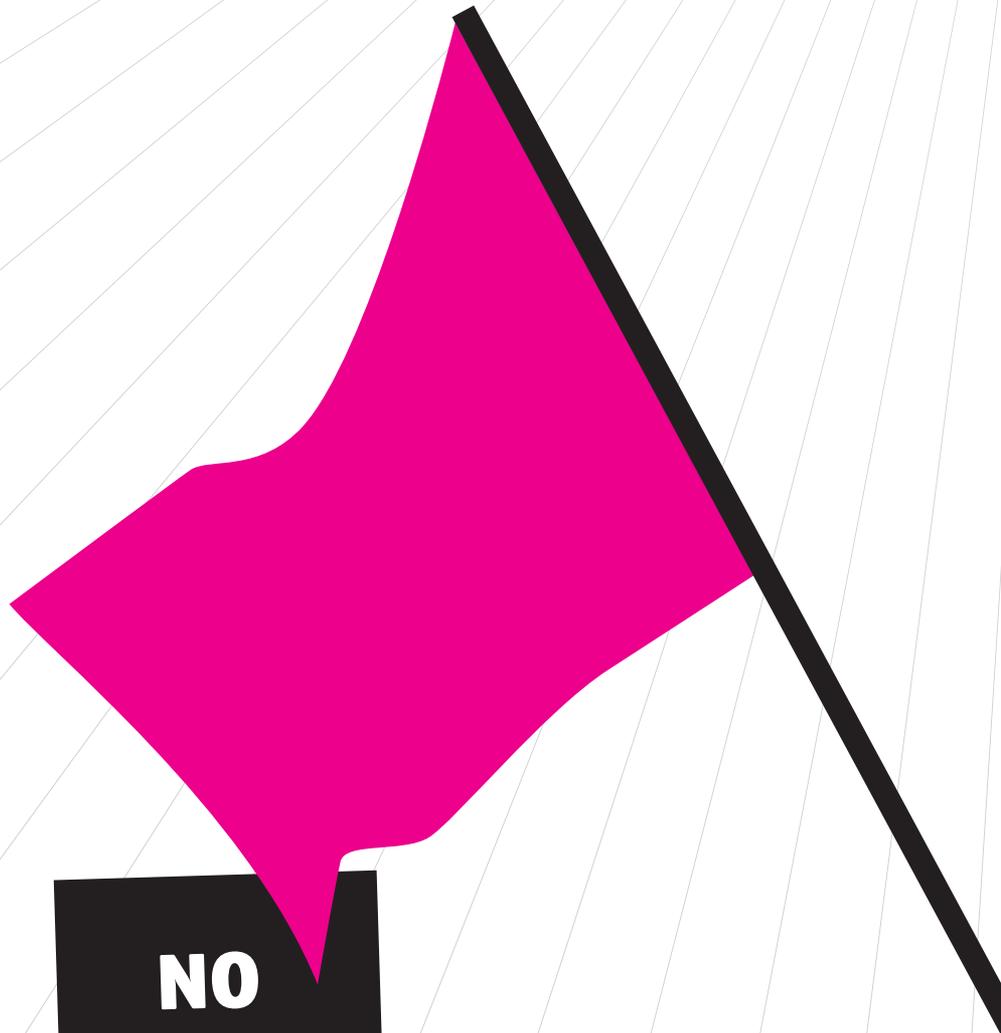


bundeswehr und nato raus aus afghanistan

GEMEINSAM GEGEN KRIEG UND BESATZUNG



NO
WAR

BUT
CLASS
WAR

Revolutionäre Perspektive Berlin ★ www.perspektive.nostate.net
Revolutionäre Aktion Stuttgart ★ www.revolutionaere-aktion.de.am

zu beginn

WILLKOMMEN BEI DER BROSCHÜRE »BUNDESWEHR UND NATO RAUS AUS AFGHANISTAN – GEMEINSAM GEGEN KRIEG UND BESATZUNG«

Seit sieben Jahren führen die USA, die anderen Nato-Staaten und weitere mit ihnen verbündete Länder Krieg gegen Afghanistan. Insgesamt sind es 40 Länder. Sie halten das Land faktisch besetzt. Deutschland stellt mit 3500 Soldaten das drittgrößte Militärkontingent aller beteiligten Staaten und hat eine entsprechende Machtfunktion in der Führung des Krieges inne.

Laut den gängigen Berichten der Medien, befinden sich die Truppen der Nato-Staaten in Afghanistan ausschließlich im Kampf gegen die Taliban und »den internationalen islamistischen Terrorismus«. Ihr Ziel sei es, die Demokratie zu stärken, den Drogenanbau zurückzudrängen und für den Bau von Straßen, Schulen und Krankenhäusern zu sorgen.

Doch entgegen der Propaganda der kriegführenden Regierungen geht es der Bevölkerung nicht besser: der Lebensstandard der Menschen sinkt, die Nahrungsmittelproduktion geht zurück und auch die, sich gegen die Besetzung im Widerstand befindenden fundamentalistischen religiösen Kräfte erhalten immer weiteren Zulauf. Die angebliche »humanitäre Mission« ist tatsächlich eine militärische Besetzung, die von der Mehrheit der afghanischen Bevölkerung abgelehnt wird. Nichtregierungsorganisationen weisen darauf hin, dass ihre humanitären Projekte wegen der Kampfhandlungen der Nato eingeschränkt und teilweise eingestellt werden müssen. Militärische Auseinandersetzungen sind an der Tagesordnung, weite Teile der Infrastruktur sind zerstört, zehntausende Menschen wurden durch direkte und

indirekte Folgen des Krieges getötet, hunderttausende weitere vertrieben. Der Lebensalltag ist für die meisten von Krieg und Armut geprägt.

Die Tendenz dabei ist eindeutig. Sowohl die Kriegsparteien als auch die VertreterInnen von Nichtregierungsorganisationen sprechen momentan von einer sich rapide zuspitzenden Situation: Kampfhandlungen, Anschläge und Opferzahlen nehmen mit Dauer der Besetzung zu und nicht ab.

Im Herbst diesen Jahres soll das Mandat für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr vom Bundestag verlängert und ausgeweitet werden. So sollen unter anderem das Bundeswehr-Kontingent um 1000 Soldaten auf über 4500 erhöht und der Einsatz von AWACS-Überwachungsflugzeugen beschlossen werden.

Am 20. September finden daher in Berlin und Stuttgart Demonstrationen gegen die Beteiligung der Bundeswehr an Krieg und Besetzung in Afghanistan statt. Friedensinitiativen, Aktive aus den Gewerkschaften und linke Organisationen rufen dazu auf, den Protest gegen die deutsche Kriegsbeteiligung lautstark und unübersehbar auf die Straße zu tragen.

Mit dieser Broschüre wollen wir Hintergrundinformationen zum Krieg in Afghanistan liefern, welche die Propaganda vom »humanitären Krieg« widerlegen.

Revolutionäre Perspektive Berlin und Revolutionäre Aktion Stuttgart

zum inhalt

03 SIEBEN JAHRE TOD UND ZERSTÖRUNG IN AFGHANISTAN

Darstellung der Situation in Afghanistan unter der Besetzung, der Lebensbedingungen der Bevölkerung und der Kriegseinsätze der Nato. Außerdem wird unter anderem auf die zivil-militärische Zusammenarbeit, die mit den Besatzern kollaborierenden Kräfte und die Taliban eingegangen.

10 KURZE ZEITREISE DURCH DIE AFGHANISCHE GESCHICHTE

Ein Überblick der Geschichte Afghanistans, die von Kriegen geprägt ist, soll in diesem Beitrag gegeben werden. Koloniale Unterdrückung, demokratische Entwicklung, Einmischung der USA, Erstarken der islamistischen Gruppen, Einmarsch der Sowjetunion und die aktuelle Besetzung werden thematisiert.

13 KAPITALISMUS BEDEUTET KRIEG

Der Artikel versucht aufzuzeigen, weshalb die Nato-Staaten Krieg führen, inwiefern militärische Aggression und wirtschaftliche Interessen zusammenhängen und warum es trotz der Zusammenarbeit der führenden kapitalistischen Staaten auch Widersprüche zwischen ihnen gibt.

17 ZUSAMMEN KÄMPFEN GEGEN KRIEG UND BESATZUNG

Zum Schluss wollen wir aufzeigen, warum es wichtig ist sich an Aktionen gegen den Krieg zu beteiligen, welche Positionierung zu Krieg, Besetzung und Widerstand wir für richtig halten und warum eine Perspektive jenseits des Kapitalismus entwickelt und erkämpft werden muss.

IMPRESSUM

HerausgeberInnen:

Revolutionäre Perspektive Berlin (www.perspektive.nostate.net) und Revolutionäre Aktion Stuttgart (www.revolutionaere-aktion.de.am)

Druck und Verlag:

Eigendruck im Selbstverlag
ViSDP: Susann Scholz,
Edelweißstraße 4, 81541 München

Eigentumsvorbehalt:

Diese Druckschrift ist so lange Eigentum der AbsenderInnen, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. »Zur Habe-nahme« ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



SEIT DEM NATO-KRIEG GEGEN JUGOSLAWIEN MORDEN SIE WIEDER: DEUTSCHE SOLDATEN

sieben jahre tod und zerstörung in afghanistan

DIE KRIEGSPROPAGANDA IST SO PERFIDE WIE DER KRIEG SELBST – DICHTUNG UND WAHRHEIT ÜBER DIE BESATZUNG AFGHANISTANS

KRIEG GEGEN DIE BEVÖLKERUNG

Die Zahl der durch Bombardements und Angriffe der Besatzungsmächte getöteten Zivilisten ist nur schwer zu schätzen. Vielen Augenzeugenberichten zufolge, gehen getötete Zivilisten, selbst Kinder, nicht selten als »erschossene Aufständische« in die Statistiken ein. Die zivilen Opfer in direkter und indirekter Folge der Militäraktionen der Besatzungsmächte gehen jedoch selbst offiziellen Zahlen nach in die Tausende. Verschiedene Quellen gehen insgesamt von mehreren zehntausend Opfern in Folge des Krieges seit 2001 aus, die entweder durch Anschläge der Taliban oder durch Angriffe der Nato-Truppen getötet wurden. Alleine von Januar bis Juli 2008 sind es offiziell mehr als 700. Zehntausende weitere Menschen wurden seit Kriegsbeginn traumatisiert und verwundet – dies ist besonders verheerend wegen der mangelhaften medizinischen Versorgung. Für hunderttausende Flüchtlinge, die aufgrund der Kämpfe aus ihren Häusern fliehen mussten, gibt es in Afghanistan praktisch keine Perspektiven. Sie sind auf Betteln und die Verpflegung durch Hilfsorganisationen angewiesen.

Während in den westlichen Medien über zivile Opfer zumindest gelegentlich und wenigstens in Ansätzen kritisch berichtet wird, wird die Tötung »Aufständischer« in der Regel als völlig positiv dargestellt. Es wird der Eindruck vermittelt, bei denjenigen, die sich militant und militärisch gegen die Besetzung zur Wehr setzen, handele es sich durchweg um fundamentalistische Kräfte, die in erster Linie das Land wieder unter ihre Kontrolle bringen wollen. Der gegen die Nato-Truppen und ihre Verbündeten gerichtete Widerstand basiert jedoch in erster Linie auf der legitimen Verteidigung gegen die Besetzung des Landes und die Unterdrückung der Bevölkerung.

Zynische Äußerungen von Nato-Generalsekretär Jaap de Hoop zu den Opfern des Krieges sind in der Frankfurter Rundschau vom 31. Juli 2007 dokumentiert. Darin gestand er zunächst ein, dass »die zunehmende Zahl von getöteten AfghanInnen, die Unterstützung in der Bevölkerung für den Einsatz der Allianz« gefährde. Als mögliche Lösung – offenbar weniger in Bezug auf die Tötung von AfghanInnen, sondern auf die Unterstützung in der Bevölkerung – erwog er »in gewissen Situationen« vielleicht einfach etwas kleinere Bomben einzusetzen: »Wenn man das Flugzeug mit einer 250-Kilo-Bombe statt einer 500-Kilo-Bombe belädt, könnte das einen Riesenunterschied bedeuten.«

Zu den »regulären« Kriegshandlungen der Nato-Armeen und ihrer Verbündeter, kommen noch massive Kriegsverbrechen wie Folterungen, Vergewaltigungen und Erschießungen. Hunderte Menschen, die beschuldigt werden, den Taliban oder Al Quaida anzugehören, wurden in das gegen sämtliche Menschenrechte verstoßende Gefängnis Guantanamo oder in andere berüchtigte Haftanstalten gebracht. Über Jahre sind sie dort – ohne einen Gerichtsprozess – der Willkür der US-Geheimdienste und ihrer Verhörmethoden ausgesetzt.

Belegt ist ebenfalls die Ermordung dutzender Gefangener durch die mit den Besatzern verbündeten Soldaten der Nordallianz: eingesperrt in Metallcontainern ohne Luftzufuhr wurden sie einfach erstickt.

Da unabhängige Beobachter, Journalisten oder Kritiker der Kriegsparteien kaum Zugang zu den Gefangenenlagern oder den



DEMONSTRATION DER »REVOLUTIONÄRY ASSOCIATION OF THE WOMEN OF AFGHANISTAN« IN ISLAMABAD AM 28. APRIL 2007

Schauplätzen von Kämpfen haben, muss davon ausgegangen werden, dass die meisten Kriegsverbrechen nie oder erst in Jahren an die Öffentlichkeit gelangen werden.

BESATZUNG UND KRIEG ODER WIEDERAUFBAU

In den westlichen Medien dominiert trotz der Faktenlage nach wie vor die Darstellung, der Krieg diene dem Wiederaufbau Afghanistans. Genau das Gegenteil ist der Fall. Das Militär zieht sein Nutzen aus »zivilen« Projekten, da es mit ihnen die Besatzung öffentlich rechtfertigt und über sie geheimdienstliche Zubringer innerhalb der Bevölkerung verankern kann. Tatsächlich humanitäre Projekte aber, die soziale Zwecke verfolgen und nicht nur die imperialistischen Interessen westlicher Konzerne, werden in ihrer Arbeit durch die Militäreinsätze immer weiter gefährdet und eingeschränkt. So musste zuletzt Anfang April diesen Jahres die Räumung von Minen durch die UNO-Minenräum-Organisation (UNMACA) im Norden Afghanistans eingestellt werden, nachdem dort bei Anschlägen mehrere Mitarbeiter der afghanischen Partnerorganisation medico international getötet wurden.

Nelke Manders, ehemalige Projektkoordinatorin von »Ärzte ohne Grenzen« drückte sich folgendermaßen aus: »Die bewusste Vermischung von humanitärer Hilfe mit militärischen Zielen zerstört den eigentlichen Sinn der humanitären Hilfe. Dies wird letztlich nur dazu führen, dass dringend benötigte Hilfe denjenigen in Afghanistan versagt bleiben wird, die sie am dringendsten brauchen. Gleichzeitig werden diejenigen, die Hilfe bereitstellen, zur Zielscheibe.«

Dass der Wiederaufbau Afghanistans für die Nato-Länder allenfalls zweitrangig ist, legt auch eine Studie des »Senlis Council«, eines Think Tanks, der sich auf Afghanistan spezialisiert hat, nahe. Danach hängen der wachsende Widerstand und die völlige Diskreditierung der westlichen Besatzungsmächte elementar damit zusammen, dass sich die humanitäre Situation seit 2001 massiv verschlechtert hat. Exemplarisch für

viele in der Senlis-Studie zitierten AfghanInnen ist die Aussage eines Polizeikommandeurs aus Kandahar: »Die Ausländer kamen hierher und sagten, sie würden den armen Menschen helfen und die wirtschaftliche Situation verbessern, aber sie geben nur Geld für ihre Militäroperationen aus. Die armen Menschen sind ärmer als sie es während der Taliban-Herrschaft waren. Wir trauen ihnen nicht mehr. Wir wären Dummköpfe, wenn wir es täten.«

Wie dreist die Lüge von einem positiven Zusammenwirken der militärischen Besatzung mit humanitären Projekten ist, verdeutlichen auch die folgenden Passagen – immerhin aus einem Brief des militärpolitischen Beraters der deutschen Botschaft in Kabul vom Mai 2007 an das Auswärtige Amt: »Die ständige Forderung nach Truppenverstärkung, die steigenden Kosten des militärischen Engagements, das Anwachsen eigener Verluste und die wachsende Zahl ziviler Opfer verdeutlichen die Ungeeignetheit und Ausweglosigkeit der militärischen Gewalt als Lösung der inneren und äußeren gesellschaftlichen Probleme Afghanistans. [...] Es ist unerträglich, dass unsere Koalitionstruppen und ISAF inzwischen bewusst Teile der Zivilgesellschaft [...] bekämpfen. [...] Es gibt keine Entschuldigung für das durch unsere westlichen Militärs erzeugte Leid [...]«

Der Krieg in Afghanistan hat bislang nach vorsichtigen Schätzungen umgerechnet 96 Milliarden Euro gekostet. Das sind etwa 3000 Euro pro Einwohner. Das jährliche Bruttoinlandsprodukt Afghanistans liegt bei 228 Euro pro Kopf. Es ist leicht vorstellbar, in welchem Ausmaß der Wiederaufbau Afghanistans hätte gefördert werden können, wenn die Ausgaben tatsächlich im Interesse der Bevölkerung getätigt worden wären.

»SOZIALES« ENGAGEMENT AUS WIRTSCHAFTLICHEN INTERESSEN

Zu allem hat längst nicht alles was in Afghanistan als Wiederaufbau und humanitäre Hilfe bezeichnet wird, einen zivilen und sozialen Charakter. So berichtet Caritas International: »Quer durch die afghanische Bevölkerung herrschen Frustration und

ERKLÄRUNGEN ZU MILITÄRISCHEN BÜNDNISSEN, ORGANISATIONEN UND KRIEGSEINSÄTZEN

Nato: Die »North Atlantic Treaty Organization« ist ein militärisches Bündnis europäischer und nordamerikanischer Staaten, das 1949 gegründet wurde. Zu ihr zählen aktuell 28 Länder. Mitgliedsstaaten sind seit 1949 Belgien, Dänemark, Frankreich, Großbritannien, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Portugal und USA; seit 1952 Griechenland und Türkei; seit 1955 Deutschland; seit 1982 Spanien; seit 1999 Polen, Tschechien und Ungarn; seit 2004 Bulgarien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Slowakei und Slowenien; seit 2008 Albanien und Kroatien.

ISAF: »International Security Assistance Force« heißt der seit Dezember 2001 laufende und seit 2003 von der Nato geführte Kriegseinsatz in Afghanistan. An ISAF nehmen zurzeit (Stand Juni 2008) 40 Nationen (Nato-Staaten und Nicht-Nato-Staaten) mit zirka 52 700 Soldaten teil.

OEF: Als »Operation Enduring Freedom« wird der Kriegseinsatz der USA im so genannten »Krieg gegen den Terror« bezeichnet, der aktuell in vier Weltregionen durchgeführt wird: in Afghanistan, am Horn von Afrika, auf den Philippinen und in Afrika innerhalb und südlich der Sahara. Außer den Streitkräften der USA sind auch Soldaten von Verbündeten daran beteiligt. So ist zum Beispiel die Deutsche Marine mit Seefernaufklärern am Horn von Afrika im Einsatz.

KSK: Das »Kommando Spezialkräfte« ist eine Spezialeinheit der Bundeswehr. Das Hauptquartier befindet sich im württembergischen Calw. Die KSK-Operationen unterliegen der Geheimhaltung, was bedeutet, dass die Öffentlichkeit keine Informationen darüber erhält. Das KSK untersteht dem »Kommando Führung Operationen von Spezialkräften« (KdoFOSK) in Geltow bei Potsdam. Der ehemalige Kommandeur (2000-2003) des KSK Reinhard Günzel sieht das KSK in der Tradition der Wehrmacht-Spezialdivision »Brandenburg«. Günzel wurde, nachdem er eine antisemitische Rede des CDU-Politikers Martin Hohmann gelobt hatte, aufgrund der nachfolgenden öffentlichen Empörung entlassen.

EUFOR: »Einsatzkräfte der Europäischen Union« nennt sich die multinationale Militärstreitmacht der Europäischen Union, die ein vorläufiger Ersatz für die geplante, aber noch nicht einsatzbereite EU-Eingreiftruppe ist. Sie wurde 2003 gegründet und hat Einsätze in Mazedonien, Bosnien-Herzegowina und in der Demokratischen Republik Kongo durchgeführt. Die Truppenstärke der EUFOR bestehend aus Soldaten von EU und Nicht-EU-Staaten beträgt 2173.

Ressentiments gegenüber den Entwicklungsstrategien«, denn diese orientierten »sich in erster Linie an der politischen Agenda der Geberländer«. Neuere Untersuchungen bestätigen, dass die Verteilung angeblicher Hilfgelder »nicht an den tatsächlichen Hilfs-Bedarf gekoppelt ist, sondern sich vielmehr an der Aufstandsbekämpfung orientiert«. Der Schwerpunkt liege »auf schnellen und sichtbaren Projektzielen«, um rasch Sympathien zu gewinnen; langfristige Programme kämen viel zu kurz. In der Bevölkerung habe sich inzwischen »die Wahrnehmung« verbreitet, »dass an der nachhaltigen Entwicklung des Landes kein Interesse besteht«.

Zudem reduziert die sogenannte gebundene Hilfe die developmentpolitischen Erfolge weiter. Wie die Caritas schreibt, ist rund

die Hälfte der gesamten Entwicklungszahlungen an Afghanistan an Bedingungen gebunden, nach denen »importierte Arbeitskräfte und Güter genutzt werden müssen – zumeist des jeweiligen Geber-Landes«. Ein beträchtlicher Teil der angeblichen Entwicklungshilfe fließt also zurück in die wohlhabenden Länder des Westens.

Die Studie »Afghanistan Inc.« der Afghanin Fariba Nawa beschreibt den neoliberal ausgerichteten »Wiederaufbau« ihres Landes folglich anders als die westlichen Medien, die manipulativ lediglich einzelne Projekte herauspicken: »Die Afghanen verlieren das Vertrauen in die Entwicklungsexperten, deren Aufgabe der Wiederaufbau des Landes ist. [...] Was die Menschen sehen, sind eine Hand voll ausländischer Firmen, die Prioritäten für den Wiederaufbau setzen, die sie reich machen, sich aber teilweise auf absurde Weise gegenüber dem, was notwendig ist, als kontraproduktiv erweisen.« Weiter: »Es liegt der Verdacht nahe, dass es hier nicht um state-building im Interesse der afghanischen Bevölkerung geht, sondern eher um institution-building zur Absicherung der Interessen ausländischer Investoren.«

Weil die Investitionen nicht der Bevölkerung zugute kommen, sondern zur weiteren Ausplünderung des Landes dienen, befindet sich die Bevölkerung in einer dramatischen Lebenssituation: Über 70 Prozent der Menschen in Afghanistan, insbesondere im Süden sind chronisch unterernährt, ein Viertel hat keinen Zugang zu Trinkwasser, nur zehn Prozent verfügen über elektrischen Strom. Afghanistan wird heute als das viertärmste Land der Welt im UN-Armutindex geführt.

MEHR FRAUENRECHTE DURCH KRIEG?

Die Verbesserung der Situation der Frauen war und ist eine der gern vorgebrachten Rechtfertigungen für den Krieg. Frauen dürfen mittlerweile zumindest offiziell einer Arbeit nachgehen und es gibt einzelne kleine Verbesserungen. Für die Mehrheit der Frauen haben Krieg und Besatzung jedoch keine Fortschritte gebracht, für viele sogar massive Verschlechterungen.



AUCH NACH DEM MACHTWECHSEL IST DIE BURKA ALLTAG GEBLIEBEN

LEID UND ANGST HABEN SICH SEIT DER
BESATZUNG VERGRÖßERT



Frauen sind von der gestiegenen Armut in besonderem Maße betroffen, da sie nach wie vor zum Beispiel im Falle des Todes ihres Mannes kaum mehr Perspektiven als Betteln oder ihre Prostitution haben. Umfragen zufolge haben etwa 65 Prozent der 50 000 Witwen in Kabul daher Selbstmordgedanken. Schätzungen gehen davon aus, dass 20 bis 30 Prozent der afghanischen Frauen aufgrund von Depressionen durch ihre Situation regelmäßig Opium konsumieren und abhängig sind.

Nach wie vor werden Frauen weiterhin auf unterschiedliche Weise diskriminiert. Unterwerfung unter den Mann, Verschleierungspflicht, kaum Möglichkeiten auf Bildung und eigenständiges Einkommen sind auch heute der Alltag für die meisten. Auch sexuelle Übergriffe und Vergewaltigungen sind nicht nur in den staatlichen Gefängnissen eine ständige Bedrohung. All dies ist nicht verwunderlich: Die Regierung Karzais und die weiteren Verbündeten der Besatzungsmächte sind in der Mehrheit ebenfalls fundamentalistisch und frauenfeindlich wie die Taliban – eine Tatsache die gerne verschwiegen wird.

Daher lehnen Frauenorganisationen wie die RAWA (Revolutionary Association of the Woman of Afghanistan)*, die schon zu Zeiten der Talibanherrschaft aktiv waren, die Besatzung ab und weisen die Rechtfertigung des Krieges durch die angeblich verbesserte Situation von Frauen entschieden zurück.

BLÜHENDE SCHLAFMOHNFELDER

Egal ob die Besatzungsmächte vom Opiumanbau selbst profitieren wollen oder lediglich den mit ihnen kollaborierenden Clancheffs, die den Opiumhandel kontrollieren, Zugeständnisse machen müssen – die Rechtfertigung des Krieges mit dem Kampf gegen das Opium entbehrt in jedem Fall jeglicher Realität: Der Anbau von Opium hat sich seit Kriegsbeginn etwa verfünffacht, während der Anbau von Nahrungsmitteln zurückging. Offiziellen Schätzungen der UNO zufolge werden in Afghanistan heute etwa 90 Prozent des weltweit vor allem in Form von Heroin im Umlauf befindlichen Opiums angebaut. Das Versprechen Karzais gegenüber den westlichen Geldgebern auf der internationalen Afghanistankonferenz, in wenigen Jahren den Opiumanbau gestoppt zu haben, ist alles andere als realistisch: die weit mächtigeren regionalen Herrscher auf die er sich ebenso wie die Besatzungsmächte stützt, würden entscheidende Einschnitte kaum zulassen. Das Profitieren am Opiumhandel reicht bis weit in die Regierungskreise hinein. Zudem wäre eine neue Welle extremer Verarmung die Folge, da der Opiumanbau für viele Bauern unter den gegenwärtigen Verhältnissen die einzige Einkommensquelle ist.

Selbst der Spiegel schrieb dazu: »Sie [die Bundeswehr] kann ihren Auftrag nur erfüllen, solange sie den Provinzfürsten nicht beim boomenden Drogengeschäft in die Quere kommt. Auftrag der Truppe: weggucken.«

DIE KRIEGSMASCHINE DER BESATZER

Offiziell laufen in Afghanistan zwei von einander getrennte militärische Operationen der Besatzungstruppen: Die Operation Enduring Freedom (OEF), an der momentan zirka 17 000 Soldaten, davon 8000 US-Soldaten, beteiligt sind, hat das Ziel, militärisch insbesondere gegen die Taliban und vermutete Al-Quaida-Strukturen vorzugehen. Unterstützt werden die US-Truppen dabei unter anderem vom deutschen Kommando Spezialkräfte (KSK), dessen Aktivitäten der Geheimhaltung

* Die »Revolutionäre Vereinigung der Frauen Afghanistans« ist eine politische und soziale Organisation afghanischer Frauen, die 1977 gegründet wurde. Weitere Infos in Englisch unter www.rawa.org.

unterliegen und über die daher die Öffentlichkeit und selbst der Bundestag nicht informiert werden. Humanitäre Erwägungen spielen bei der OEF keine Rolle – es geht darum, den Widerstand gegen die Besatzung militärisch zu zerschlagen.

Die International Security Assistance Force (ISAF – Internationale Schutztruppe) hat hingegen offiziell das Ziel, den »Wiederaufbau« Afghanistans abzusichern. Sie wurde vorgeblich als »Friedensmission« zur Entwicklungshilfe ins Leben gerufen. An der ISAF sind etwa 52 700 Soldaten aus den Ländern der Nato beteiligt.

Tatsächlich aber wurde im Lauf der letzten Jahre die Trennung zwischen OEF und ISAF-Einsatz immer weiter aufgehoben und ist nur noch auf dem Papier vorhanden: Die US-Truppen waren nicht in der Lage, die einst von ihnen ausgebildeten und hochgerüsteten Taliban militärisch zu schlagen, stattdessen haben sich die Taliban seit ihrem Sturz 2001 Stück für Stück Gebiete zurück erkämpft und hat sich der Widerstand der Bevölkerung gegen die Besatzung verstärkt. Der Aktionsradius der ISAF, der bis 2003 nur auf Kabul beschränkt war, wurde daher von Jahr zu Jahr ausgeweitet. ISAF-Truppen beteiligen sich in Abstimmung mit der OEF an Bombardements und Angriffen auf vermeintliche und tatsächliche Stellungen der Taliban und anderer »Aufständischer«. Es ist offenkundig, dass sich ISAF-Einsatz und OEF nicht mehr unterscheiden, da sie auch institutionell ineinander greifen. So ist der OEF-Kommandeur gleichzeitig Befehlshaber des Regionalkommandos Ost der ISAF. Einer der – makaberen – Unterschiede: die Nato gibt offizielle Zahlen der »versehentlich getöteten« zivilen Opfer durch die ISAF-Truppen bekannt, die OEF dagegen macht keine offiziellen Angaben zur Zahl der durch ihre Einsätze ums Leben gekommenen Zivilisten. Allein ISAF gab zuletzt mehr als 200 »Vorfälle« wöchentlich bekannt. Über die Hälfte davon waren Schusswechsel und Gefechte, ein Viertel resultierte aus Mörser- oder Raketenbeschuss.

Der Spiegel vom 23. Oktober 2007 formulierte offen, was nicht mehr zu leugnen ist: »Die Zeiten, als die Terrorbekämpfungstruppen von Operation »Enduring Freedom« (OEF) für das Grobe zuständig waren und ISAF-Soldaten für das Gute und Schöne und dies vor allem sauber voneinander getrennt war, sind lange vorbei. OEF und ISAF operieren heute eng miteinander vernetzt. Die meisten zivilen Opfer gibt es inzwischen nicht mehr bei OEF-Einsätzen sondern durch Bombardements bei Kämpfen der ISAF-Truppe gegen Aufständische. Eine unschöne Wahrheit.«



TRÜMMER UND RUINEN PRÄGEN
DAS STADTBILD KABULS

Wenngleich die USA nach wie vor die führende Kraft im Lager der Besatzungsmächte sind, kann sich keines der ebenfalls beteiligten Länder darauf berufen, ihr Einsatz sei humanitärer Art.

DIE »DEMOKRATISCHEN VERBÜNDETEN« DER NATO UND DIE STÄRKUNG DER TALIBAN

Die Verbündeten, auf die sich die Besatzungstruppen stützen sind in erster Linie Warlords, regionale Herrscher, die über eigene bewaffnete Truppen verfügen. In vielen Fällen terrorisieren sie die Zivilbevölkerung, erheben eigenständig Zölle und Steuern und haben zumeist den Opiumhandel in der Hand.

Die sogenannte demokratische Regierung unter dem Präsidenten Hamid Karzai, hat fast nur innerhalb der Hauptstadt Kabul die Regierungsgewalt inne und muss sich darüberhinaus mit den regionalen Warlords arrangieren. Auch er hält seine Macht in erster Linie durch Gewalt und die Unterstützung der Besatzer aufrecht: Etwa einhundert Gefangene warten derweil auf ihre Hinrichtung, zuletzt wurden im Oktober letzten Jahres 17 Gefangene auf persönlichen Befehl Karzais hingerichtet. Dass er kaum eine fundamental andere Politik als die Taliban verfolgt, sondern die Differenzen in erster Linie in der Machtverteilung und dem Verhältnis zu den Besatzungstruppen zu finden sind, zeigen unter anderem Karzais Äußerungen in einem Anfang Juni diesen Jahres im Spiegel veröffentlichten Interview: »Sie haben viel falsch gemacht, aber manches eben auch richtig. Ich wünschte, die Taliban wären meine Soldaten. Ich wünschte, sie würden mir dienen und nicht Leuten in Pakistan oder anderen.«

Nach wie vor richtet sich die afghanische Gesetzgebung nach der Scharia und beinhaltet unter anderem die Todesstrafe für Gotteslästerung, massive Einschränkungen der Pressefreiheit und die gesetzliche Diskriminierung von Frauen.

Den Besatzern und den mit ihnen kollaborierenden Kräften stehen in erster Linie die Taliban gegenüber. Während die Zustimmung in der Bevölkerung für den fundamentalistischen Gottesstaat der Taliban bis 2001 zurückging, konnten sie durch ihren aktiven Widerstand in immer mehr Regionen wieder Fuß fassen und Zustimmung in der Bevölkerung gewinnen. Was Bert Brecht mit dem Satz »erst kommt das Fressen, dann kommt die Moral« gesagt hat, bestätigt auch eine Afghanistan-Studie des Senlis Council: »In Zeiten der Armut erinnern sich viele Afghanen daran, dass es ihnen materiell besser ging, als die Taliban die



Kontrolle hatten. Bitterarme Familien in Dörfern, die keinerlei Hilfe erhalten haben, sagen, sie wären über eine Rückkehr der Taliban froh, wenn sie dafür ihre Familien ernähren könnten.«

Es gibt Untersuchungen, die zum Schluss kommen, dass weniger religiöser Fanatismus als vielmehr völlige Verzweiflung über die eigene hoffnungslose Situation das Motiv für Selbstmordattentate sind. Generell gab es keine Selbstmordattentate in Afghanistan vor der Besetzung 2001. Im Laufe der Besetzung aber nahmen versuchte und ausgeführte Selbstmordattentate, auch auf nicht-militärische Ziele, von drei im Jahr 2003 auf 139 im Jahr 2006 zu.

Der ehemalige afghanische Innenminister, Ali Ahmad Jalali erklärte die zunehmende Stärke der Taliban folgendermaßen: »Was die Menschen bewegt, ist nicht Ideologie, sondern eine instabile Umgebung zwischen den bestehenden Netzwerken von Clans, Stämmen, unzufriedenen Leuten, Drogenhändlern, Opportunisten und arbeitslosen Jugendlichen.«

KEINE ALTERNATIVE ZWISCHEN BESATZUNG UND FUNDAMENTALISMUS?

Zwischen den mit den Besatzern kollaborierenden Kräften und den fundamentalistischen Organisationen werden die fortschrittlichen, demokratischen und linken Kräfte weitgehend aufgegeben. Gewerkschaftliche Organisationen, die einst starken linken Parteien, die Frauenorganisation RAWA und andere Kräfte sind oftmals von beiden Seiten Angriffen ausgesetzt. Die Gesetze unter dem Karzai-Regime sehen für oppositionelle politische Aktivitäten mehrjährige Haftstrafen vor und reichen bis zur Todesstrafe. Im Gegensatz zu Anschlägen der Taliban, finden Aktivitäten mit linkem und demokratischem Inhalt kaum Erwähnung in den westlichen bürgerlichen Medien. Als etwa im Mai diesen Jahres Proteste von SchülerInnen, Studierenden und Professoren in Kabul und verschiedenen anderen Regionen

stattfanden, war dies in den westlichen Medien kein Thema. Selbst als die Proteste vom Staat niedergeschlagen wurden und dabei scharf auf die Protestierenden geschossen und ein Demonstrant getötet wurde, war dies keine Meldung wert. Das Bild eines Landes, in dem nur die Taliban aktiv sind und die Bevölkerung durch die Besetzung und das eingesetzte Regime von ihnen geschützt werden muss, soll offenbar nicht angekratzt werden.

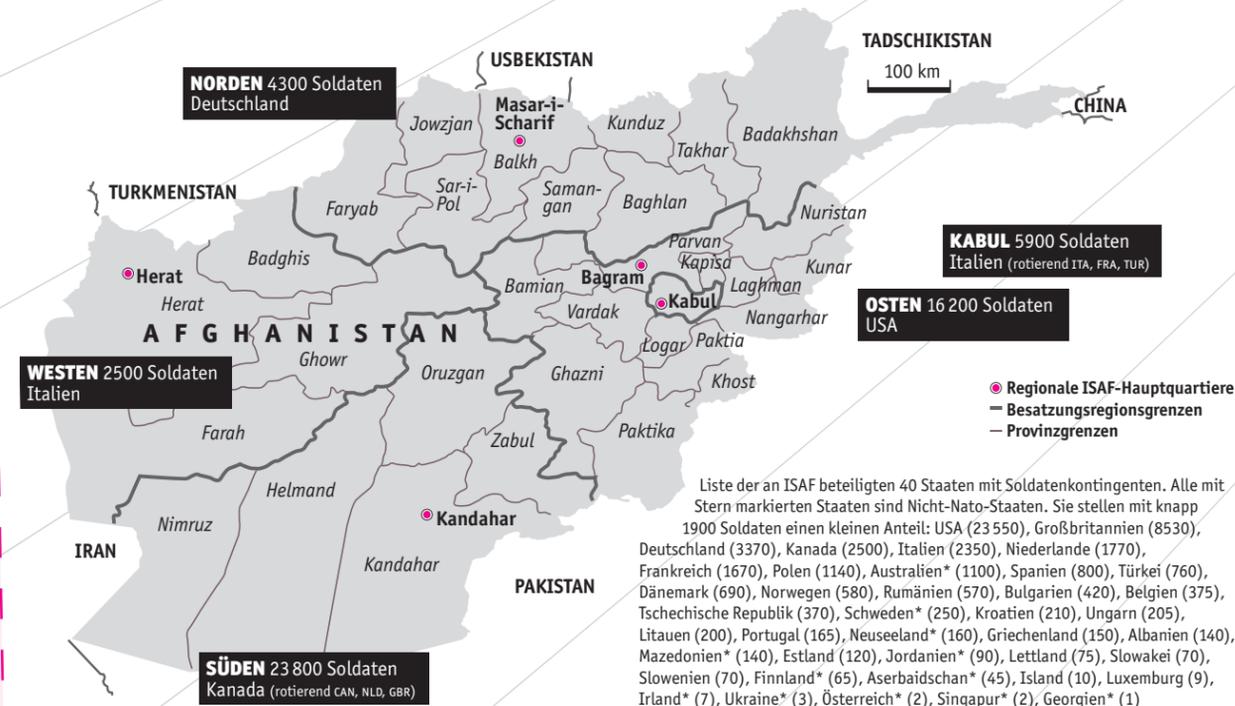
Trotz aller Schwierigkeiten gibt es mehrere Organisationen, die sich aktiv am Widerstand nicht nur gegen die Besetzung sondern auch gegen die Politik des Karzai-Regimes beteiligen. Ihnen, den gewerkschaftlichen Strukturen, den Organisationen für Frauenrechte und ein säkulares System, den Menschenrechtsgruppen und linken und demokratischen Organisationen muss die Unterstützung gelten. Nur über sie ist der Wiederaufbau Afghanistans langfristig möglich.

DIE ROLLE DEUTSCHLANDS UND DER BUNDESWEHR

Ogleich die USA – noch – die Weltmacht Nummer 1 sind und seit Jahrzehnten weltweit die größte Verantwortung für Kriege, Massaker, antidemokratische Umstürze und Umweltzerstörungen haben, gilt es, ein besonderes Augenmerk auf die imperialistischen Protagonisten in der BRD zu legen. Alle verbrecherischen Kriege in der deutschen Geschichte wurden der Bevölkerung mit den gleichen Lügen verkauft. Auch heute schafft es die deutsche Regierung ihre offene Beteiligung an Kriegen als gerechtfertigt, ja als Friedensmaßnahme zu verkaufen. Die dazugehörige Aufrüstung des Militärs führt selbst in Zeiten, in denen sonst an allen Ecken und Enden gespart wird, zu keinen Massenprotesten.

Seit der Zustimmung des Bundestages zum Kriegseinsatz der Bundeswehr in Afghanistan am 7. November 2001 wurde das Mandat stetig ausgeweitet. Aktuell beruht der Bundeswehreininsatz

TOPOGRAFIE DER BESATZUNG: AFGHANISTAN IST IN FÜNF BESTATZUNGSREGIONEN UNTERTEILT
IN DENEN INSGESAMT 52 700 ISAF-SOLDATEN AUS ALLEN 28 NATO-STAATEN UND AUS
12 NICHT-NATO-STAATEN STATIONIERT SIND – HINZU KOMMEN DIE 17 000 OEF-SOLDATEN



NATO-GIPFEL 2002 IN PRAG UND
KANZLERIN MERKEL MIT PRÄSIDENT KARZAI
IN KABUL AM 3. NOVEMBER 2007



auf zwei verschiedenen Mandaten: Zum einen die Bereitstellung von 3500 deutschen SoldatInnen für die ISAF. Dazu gehören die Tornado-Kampfflugzeuge und die »Schnelle Eingreiftruppe« (Quick Reaction Force, QRF), die mit ihren 205 Soldaten die Truppen unterstützt die militärisch in Bedrängnis geraten sind. Zum anderen die Eliteeinheit »Kommando Spezialkräfte« (KSK), die als Teil der Operation Enduring Freedom (OEF) kämpft, aber auch immer häufiger zur Unterstützung der ISAF eingesetzt wird.

Insbesondere der Tornadoeinsatz ist maßgeblich für die Fortführung des Krieges notwendig, da große Teile Afghanistans geographisch nur schwer zu überblicken sind und die Besatzungstruppen gegenüber den lokal verankerten gegnerischen Kämpfern daher im Nachteil sind.

Wie notwendig die deutschen Truppen generell für die Fortführung des Krieges sind, wird durch die ständigen Aufforderungen anderer Nato-Staaten an Deutschland, die Bundeswehr noch mehr in direkte Kämpfe zu führen, deutlich. In vielen an der Besetzung beteiligten Ländern nimmt der Widerstand gegen den Krieg durch die steigenden eigenen Verluste zu. Selbst die US-Regierung hat zunehmend Schwierigkeiten, die tausenden Toten und verstümmelten GIs aus den Kriegen im Irak und in Afghanistan vor der Bevölkerung zu rechtfertigen. Auch wenn die USA rein logistisch betrachtet noch zehntausende weitere Soldaten nach Afghanistan beordern können, was nach einem Rückzug aus dem Irak geplant ist, sind sie darauf angewiesen, durch die Unterstützung aus anderen Ländern die eigenen Verluste so gering wie möglich zu halten. Je mehr Länder sich aus dem Krieg zurückziehen, desto unmöglicher wird die weitere Besetzung.

Deutschland ist aber nicht nur durch den Bundeswehreininsatz am Krieg in Afghanistan beteiligt: Mehr als 90 Prozent der dort schwer verwundeten US-Soldaten werden in Militärkrankenhäusern in Deutschland behandelt, deutsche Flughäfen sind wichtige Knotenpunkte für den Transport der Soldaten nach Afghanistan und in andere Kriegsgebiete. Außerdem sind in Deutschland zentrale Institutionen der US-Army wie die europäische Kommandozone (EUCOM) in Stuttgart-Vaihingen angesiedelt.

Im »Zentralorgan des deutschen Kapitals« war schon 2006 zu lesen, was die Kriegsbefürworter nicht gern in den Massenmedien ausbreiten: Die Regierenden sollten endlich »der deutschen Öffentlichkeit beibringen, dass geschichtliche, humanitäre und vordergründige materielle Erwägungen nicht der Grund dafür sind, dass deutsche Soldaten zu Konfliktherden geschickt werden. Im Kern geht es um etwas Grundlegenderes: Deutschland leistet seinen Beitrag zur Aufrechterhaltung der herrschenden Weltordnung, von der es profitiert wie wenig andere Länder.« (Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 13. August 2006) Tatsächlich sind es in erster Linie die deutschen Unternehmen die von der »herrschenden Weltordnung« profitieren, die letztlich nichts anderes zum Ziel hat, als die Öffnung aller Bereiche zur Verwertung, also zur Realisierung ihrer Profite.

DEN KRIEGSTREIBERN KEIN RUHIGES HINTERLAND

Was in Afghanistan – und ähnlich auch im Irak und in weiteren Ländern – geschieht, hängt auch mit der Politik Deutschlands zusammen. Die BRD ist einer der tragenden Teile der Nato, mehrere der weltweit größten Rüstungskonzerne sind hier angesiedelt und die US-Armee nutzt die BRD als Basis für Truppentransporte und die Koordinierung ihrer Kriegsmaschinerie. Wenn uns heuchlerische Politiker und die bürgerlichen Medien regelmäßig tatsächliche oder vermeintliche Kriegsverbrecher oder Menschenrechtsverletzer überall auf der Welt präsentieren, dient das in erster Linie der Rechtfertigung der aggressiven Außenpolitik und der Ablenkung von den – selbst nach ihren eigenen Maßstäben und Gesetzen – weder legalen noch legitimen Verbrechen von deutschem Boden aus. Es liegt folglich in unserer Verantwortung dagegen aktiv zu werden. Niemand kann heute noch ernsthaft behaupten, sich nicht die nötigen Informationen beschaffen zu können oder nicht in der Lage zu sein, gegen Krieg, Aufrüstung und Besetzung auf die Straße zu gehen!

BRITISCHE KOLONIALSOLDATEN IM DRITTEN
ANGLO-AFGHANISCHEN-KRIEG 1919 DER ZUR UNABHÄNGIGKEIT
AFGHANISTANS FÜHRTE



Kurze Zeitreise durch die afghanische Geschichte

Ein verwüstetes Land, das seit Jahrhunderten ein Objekt der Begierde grosser Mächte ist

VOR DEM KRIEG DER SOWJETUNION

Afghanistan entstand 1747 durch die Gründung eines selbständigen Königreichs im Osten des Iran. Es zerfiel im 19. Jahrhundert durch innere Krisen und die damals mächtige und expandierende britische Krone zwang das Gebiet unter ihren Einfluss. Jahrzehnte lang flackerten immer wieder Kämpfe gegen die Briten um nationale Selbstbestimmung auf. 1919 wurde Afghanistan schließlich von Großbritannien als eigenständiger Staat anerkannt. Von 1933 bis 1973 existierte das Land als konstitutionelle Monarchie, die 1973 von einer demokratischen Republik abgelöst wurde.

Ab 1978 stellte die Demokratische Volkspartei Afghanistans (DVPA) die Regierung. Die DVPA versuchte den Einfluss islamistischer Kräfte zurückzudrängen und die Säkularisierung voranzutreiben. Dazu wurden Bildungsprogramme initiiert und es wurde versucht, die feudalen Gesellschaftsstrukturen zu beseitigen und den verschiedenen Volksgruppen gleiche Rechte zu geben. Außenpolitisch waren vor allem die Beziehungen zur Sowjetunion prägend.

Bereits nach kurzer Zeit bildeten sich insbesondere durch die geplante Abschaffung der Privilegien einiger Volksgruppen und die Säkularisierung verschiedene, vor allem islamistisch geprägte Widerstandsgruppen gegen die DVPA. Sie wurden bereits ab Juli 1979 von den USA zunächst noch inoffiziell und unter Geheimhaltung unterstützt. Die Einmischung war innerhalb der verantwortlichen US-Politiker zunächst umstritten, da ein Engagement als hoffnungslos galt und die DVPA-Regierung daher bereits diplomatisch anerkannt wurde.

Insbesondere die Möglichkeit, durch eine Destabilisierung der afghanischen Regierung die Sowjetunion zu einem militärischen Eingreifen zu provozieren und sie damit zu schwächen, sprach für führende US-Strategen jedoch letztlich für eine Unterstützung der Widerstandsgruppen.

Die Sowjetunion lehnte eine militärische Unterstützung der demokratischen Regierung – selbst auf Bitten der DVPA hin – zunächst ab. Erst nach einer weiteren Eskalation und einem Putsch innerhalb der DVPA unter Hafizullah Amin marschierten sowjetische Soldaten schließlich im Dezember 1979 in Afghanistan ein.

DER AFGHANISTANKRIEG VON 1979 BIS 1989 UND DIE ROLLE DER USA UND EUROPAS

Für die Regierung der Sowjetunion standen beim Einmarsch sicher eigene machtpolitische Interessen im Vordergrund. Dennoch war die von ihr unterstützte DVPA im Vergleich zu den oppositionellen Kräften relativ demokratisch und verfolgte politisch fortschrittliche Ziele. Dementsprechend sahen viele, die in Afghanistan mit der sowjetischen Armee gegen die Widerstandsgruppen der Mudschahedin kämpften, ihren Kampf als einen Beitrag gegen die von den USA finanzierten, reaktionären islamistischen Kräfte. Im Westen hingegen wurden die Mudschahedin als »Freiheitskämpfer gegen den Kommunismus« dargestellt. Nicht zuletzt in Westdeutschland, aber auch in anderen westlichen Ländern wurden infolgedessen Konferenzen – unter anderem von der Konrad-Adenauer-Stiftung der CDU – und Spendensammlungen für die Mudschahedin organisiert.

Während verschiedenste vom Westen unterstützte Putsche und direkte militärische Invasionen in mehreren Ländern in den

Jahren davor zunahmen, wurde der große Konkurrent auf der weltpolitischen Bühne, die Sowjetunion nun als alleiniger Aggressor stilisiert. Die 1980 in der Sowjetunion stattfindenden olympischen Spiele wurden gegen den Willen zahlreicher Sportler unter dem Vorwand des Protestes gegen die »sowjetischen Invasion« Afghanistans von mehreren Ländern unter anderem von der BRD boykottiert.

Im Verlauf des Krieges nahm vor allem die Einmischung der USA und Pakistans immer größere Ausmaße an. Pakistan, das von einem islamistischen Regime unter dem Präsidenten Zia regiert wurde, setzte sich mit allen Kräften für die islamistischen Kämpfer gegen die DVPA und die Sowjetunion ein. Die Aufgabe des pakistanischen Geheimdienstes Inter-Services Intelligence (ISI) lag in der Organisation und Ausbildung der verschiedenen Mudschahedin-Gruppen, der Lieferung von Waffen und anderer Ressourcen sowie der strategischen Planung des Krieges. Allein von 1984 bis 1987 absolvierten über 80 000 Mudschahedin in pakistanischen Lagern eine Waffenausbildung.

Die finanziellen Beiträge zum Krieg kamen vor allem von den USA und Saudi-Arabien. Sie beliefen sich auf mehrere hundert Millionen Dollar pro Jahr. Die Waffen wurden von der CIA in nahezu allen Teilen der Welt zusammengekauft und nach Pakistan geliefert, von wo die ISI sie an die Stützpunkte der Mudschahedin-Führer verteilte. Die Rolle der CIA lag neben der Bereitstellung von Waffen auch in der Unterstützung durch Geheimdienstinformationen wie Satellitenaufnahmen und abgehörte Funksprüche der Sowjetischen Armee.

Im Krieg von 1979 bis 1989, den der ehemalige Nationale Sicherheitsberater der USA, Zbigniew Brzezinski, später als »exzellente Idee« mit der die »Russen in die afghanische Falle« gelockt wurden bezeichnete, starben mehr als eine Million AfghanInnen. Die zunehmend gegen den Willen der eigenen Bevölkerung vollzogene militärische Einmischung der Sowjetunion wurde nach

Verhandlungen unter anderem mit der UNO zwischen Mai 1988 und Februar 1989 Stück für Stück beendet. Es fielen in den 10 Jahren Krieg zwar »nur« etwa 15 000 sowjetische Soldaten, dennoch gilt der Afghanistankrieg für die Sowjetunion als militärisches, politisches und humanitäres Desaster.

1989 BIS 2001: BÜRGERKRIEG UND DIE HERRSCHAFT DER TALIBAN

Die DVPA konnte sich nach dem Rückzug der Sowjetunion nur noch bis zur 1992 erfolgten Einnahme Kabuls durch die Mudschahedin an der Macht halten. Sie war durch den Krieg und erneute interne Auseinandersetzungen weitgehend zerfallen und benannte sich bereits 1990 in »Heimatspartei« (Watan) um. 1992 wurde sie von den zwar zerstrittenen, von nun an aber herrschenden, islamistischen Gruppen, verboten.

Noch vor ihrem Sieg begannen Kämpfe zwischen den verschiedenen Lagern der islamistischen Organisationen, die zum Großteil Warlords unterstellt waren und um die Vorherrschaft rangen. Die politische Entwicklung, die sie noch gemeinsam durchsetzten, war vor allem von einer starken Islamisierung und dem Kampf gegen demokratische und säkulare Bewegungen geprägt. Es brach bald ein Bürgerkrieg zwischen den verschiedenen Warlords aus. Diese waren selbst für ihre Ziehväter, wie die USA nicht mehr kontrollierbar – bereits 1992 verließen alle westlichen Diplomaten die Hauptstadt Kabul.

Im Laufe der anhaltenden Kämpfe bildeten sich ab 1994 die von traditionalistischen radikalen Mullahs angeführten Taliban (»Glaubensschüler«) im Verbund mit mehreren der sich ihnen anschließenden Mudschahedin-Gruppen als stärkste Kraft heraus. Die Taliban wurden während der Besetzung der Sowjetunion in den pakistanischen Flüchtlingslagern rekrutiert, und waren dem pakistanischen Geheimdienst ISI direkt unterstellt. Ihre religiös-fundamentalistische und militärische Ausbildung erhielten sie in Religionsschulen in Pakistan.



VOM WESTEN UNTERSTÜTZTE MUDSCHAHEDIN KÄMPFTEN
ZWISCHEN 1979 UND 1989 GEGEN DIE AFGHANISCHE
REGIERUNG UND DIE SOWJETARMEE: PROVINZ KUNAR 1985

Die Entscheidung, die sunnitischen Taliban in den afghanischen Bürgerkrieg eingreifen zu lassen, fiel von Seiten Pakistans und der USA 1994. Um Öl- und Gaspipelineprojekte durchführen zu können, setzten sie ihre Hoffnung in eine stabile und ihnen treue Regierung. Die Taliban schienen ihnen dafür geeignet. Außerdem sollte der politische Einfluss des schiitischen Iran eingedämmt werden. Der teilweise auch durch reguläre pakistanische Truppen unterstützte Siegeszug der Taliban mündete im September 1996 nach der Einnahme Kabuls in der Ausrufung eines islamischen Staates durch ihren Führer Mullah Mohammed Omar. Ab Oktober 1997 bezeichneten sie diesen als »Islamisches Emirat Afghanistan«.

Die nun noch übrigen Mudschahedin-Gruppierungen und verschiedene nationale Minderheiten schlossen sich 1997 zur »Vereinigten Front zur Rettung Afghanistans« zusammen. Diese konnte sich jedoch nur auf einem Landstreifen im Norden Afghanistans halten – daher ihre spätere Bezeichnung als »Nordallianz«.

Der anhaltende Bürgerkrieg, in dem es immer wieder zu blutigen Übergriffen auf die Zivilbevölkerung und zu neuen Flüchtlingsströmen kam, führte zu einer weitgehenden Zerstörung und wirtschaftlichen Lähmung Afghanistans, das zudem zum weltgrößten Heroinproduzenten aufstieg und sich zu einem Transitland des Drogenschmuggels entwickelte. In ihrem Herrschaftsgebiet errichteten die Taliban eine repressive Religionsdiktatur: Musik, Sport, Bilder und Fernsehen wurden verboten, fast sämtliche Schulen und Universitäten geschlossen, Männer gezwungen Bärte zu tragen, Frauen durften nur mit männlicher Begleitung und in eine Ganzkörperverschleierung (Burka) gehüllt das Haus verlassen und zudem keinem Beruf nachgehen.

Die Politik der Taliban schien ihre Unterstützer nicht zu stören, im Gegenteil machten sich insbesondere die USA noch Ende der 90er Jahre die Hoffnung, endlich die Früchte ihres Engagements ernten zu können, und führten Verhandlungen mit den Taliban unter anderem über den Bau einer Pipeline. Einer der Vertreter des US-amerikanischen Ölkonzerns UNOCAL bei diesen Verhandlungen war übrigens der damals noch in den USA lebende jetzige afghanische Präsident Hamid Karzai. Das Verhältnis der Taliban zu den USA und den anderen westlichen Ländern kühlte sich im Laufe der Zeit zunehmend ab.

DER KRIEG UND DIE BESATZUNG AFGHANISTANS SEIT 2001

Vorgeblich als Reaktion auf die Anschläge auf das World Trade Center am 11. September 2001 begannen die USA bereits am 7. Oktober mit einer 44-stündigen Bombardierung Afghanistans. Im weiteren Verlauf des Krieges stützte sie sich militärisch hauptsächlich auf die Nordallianz, die Afghanistan mit Unterstützung der US-Army nach und nach unter ihre Kontrolle brachte.

Wenngleich die USA die Initiative ergriffen, kann keinesfalls von einem Alleingang gesprochen werden: Die Nato hatte nach den Anschlägen des 11. September den »Bündnisfall« erklärt. Sie sicherte somit die Unterstützung für militärische Operationen zu. Russland lieferte dabei Geheimdienstkenntnisse, ebenso Pakistan, das zudem die Nutzung seines Luftraums gestattete. Die deutsche Regierung hatte den USA ebenfalls bereits nach den Anschlägen am 11. September ihre uneingeschränkte Solidarität zugesichert und Anfang November die Bereitstellung deutscher Streitkräfte beschlossen. Am 16. November gab der Bundestag seine Zustimmung zum »Anti-Terror-Einsatz« der Bundeswehr.

INTERVIEW MIT EINEM AKTIVISTEN DER »RADIKALEN LINKEN AFGHANISTANS«

Das vollständige Interview mit Hanifullah Hanif, der in Kabul lebt und Mitglied der Gruppe »Radikale Linke Afghanistans« ist, erschien am 7. Juni 2008 in der Tageszeitung »junge Welt«.

Gibt es in Afghanistan noch Kommunisten oder Linke? Haben sie eine ähnliche Position wie die Irakische KP, die, um Saddam Hussein loszuwerden, die US-Invasion unterstützte?

Die afghanische Linke hat eine große Geschichte und ich denke, dass es auch heute ein Potential für sie gibt. Aber auf der anderen Seite ist die Repression sehr hart. Die verschiedenen Gruppen der revolutionären Linken wie die »Radikale Linke Afghanistans«, die »Kommunistische Partei Afghanistans«, die »Sozialistische Assoziation Afghanistans«, die verschiedenen Splittergruppen der »Afghanischen Befreiungsorganisation« (RAHAE), einige Komponenten der »Volksbefreiungsorganisation« (SAMA), die »Sozialistische Arbeiterorganisation«, die »Radikale Revolutionäre Jugend« lehnen die Besatzung ab und engagieren sich im Widerstand. In Kabul, Jalalabad, Takhar und Farah gab es Straßenproteste gegen die Besatzung, an denen die Linke aktiv teilnahm. Seit den Unruhen 2005 in Jalalabad sitzt einer unserer Genossen in Bagram. Seine Familie befasste das Internationale Komitee vom Roten Kreuz mit dem Fall, aber bisher konnte kein Kontakt zu ihm hergestellt werden.

Es gibt indes auch sogenannte Linke, die mit dem Karsai-Regime, der USA und der Nato kooperieren. Das findet sich auch etwas nuanciert bei jenen, die die Marionettenregierung zwar ablehnen, aber gleichzeitig auch den Widerstand gegen die Invasoren verdammen, weil die reaktionären Taliban Teil desselben sind.

Wir rufen jedenfalls alle friedliebenden Menschen auf der Welt auf, eine schlagkräftige Bewegung für den Rückzug der Besatzungstruppen aus Afghanistan aufzubauen und unseren Widerstand zu unterstützen.

Wie ist Ihr Verhältnis zum islamischen Widerstand? Ist eine Kooperation wie im Irak möglich? Gibt es gegenseitige Toleranz oder befinden sich die Gruppen in einem Zweifrontenkrieg?

Eine Koordination zwischen Taliban und der antiimperialistischen Linken gibt es nicht. Ein Blick in die Geschichte unseres Landes zeigt, dass selbst Kräfte mit ähnlichem politischen Profil sich nicht tolerierten. Wenn einer die Macht zu fassen bekommt, unterdrückt er den anderen auch mit physischer Gewalt. Das war so zu Zeiten der prosovjetschen Regierung, der Mudschaheddin, der Taliban und gilt bis heute.

Wir versuchen, mit jenen Kräften des Widerstands zusammenzuarbeiten, die patriotisch, nationalistisch, demokratisch und links sind. Das ist auch möglich. Die Taliban sind für uns und unser Volk aufgrund ihrer dunklen Vergangenheit und ihres reaktionären Charakters keine Alternative. Die Unterstützung, die sie derzeit genießen, verdanken sie ihrem entschiedenen militärischen Widerstand gegen die Besatzer. Aber es gibt auch einen Flügel unter ihnen, der zur Kollaboration bereit wäre und der von den westlichen Geheimdiensten intensiv bearbeitet wird.



BRITISCHE ELITETRUPPEN IN DER SÜDAFGHANISCHEN PROVINZ HELMAND

Kapitalismus bedeutet Krieg

PROFITINTERESSEN UND MACHTERHALT – DIE TATSÄCHLICHEN URSACHEN FÜR DEN IMPERIALISTISCHEN KRIEG

AFGHANISTAN ALS GEOSTRATEGISCHE UND ÖKONOMISCHE BEUTE

Neben den Floskeln von Demokratie, Frauenrechten und dem Kampf gegen den internationalen Terrorismus, wurde insbesondere die Festnahme von Osama Bin Laden, der für die Anschläge auf das World Trade Center und weitere Attacken auf US-Einrichtungen verantwortlich gemacht wird, als Kriegsgrund genannt. Die vermeintliche oder tatsächliche Suche nach Osama Bin Laden und Al-Quaida-Strukturen ermöglichte es den USA sich auf einen Beschluss des UN-Sicherheitsrates zu beziehen, der ihnen das Recht auf Selbstverteidigung im Falle von Angriffen auf ihr Territorium zusprach. Durch den Anschlag auf das World Trade Center sahen sie dies gegeben. Auf das Angebot der Taliban, Bin Laden in Afghanistan vor Gericht zu stellen und seine Beteiligung zu prüfen, wurde nicht eingegangen.

Tatsächlich ging es den führenden Nato-Staaten schließlich um weit Bedeutenderes. Afghanistan verfügt selbst zwar nur über relativ wenige Rohstoffe, ist jedoch für den Zugang zu den Rohstoffvorkommen im kaspischen Raum von zentraler Bedeutung. Die Republiken Kasachstan, Aserbaidschan, Turkmenistan und Usbekistan, alle nördlich von Afghanistan gelegen, verfügen über gewaltige Erdöl- und Erdgasvorkommen. Mehrere der größten in den letzten Jahren entdeckten Vorkommen liegen dort. Geplant ist die zur Zeit in dieser Region geförderte Menge an Rohstoffen bis 2021 zu verdoppeln.

Stuart Eizenstat, Staatssekretär der Clinton-Administration, wies bereits in den 90er Jahren im US-Kongress darauf hin, dass »das kaspische Meer potentiell eine der wichtigsten neuen energieproduzierenden Regionen der Welt« sein wird. Dies ist in Anbetracht der Konkurrenz zu anderen Interessenten für diese Rohstoffvorkommen von Bedeutung. Es spielt aber auch für die

direkten Profitinteressen eine wichtige Rolle. Unvorstellbare Mengen dieser Rohstoffe fließen tagtäglich in die Produktionsprozesse ein. Dies bringt den Unternehmen und Staaten, die an deren Förderung, Transport und Verkauf beteiligt sind, Milliarden. Für fast jedes produzierende Unternehmen ist ein möglichst billiger und sicherer Zugang zu diesen Rohstoffen von Bedeutung. Verteuerungen schmälern die Profite und eine Verknappung – wie sie aufgrund der steigenden Nachfrage und des natürlichen Rückgangs der Ressourcen zwangsläufig früher oder später eintreten wird – kann sich zu massenhaften Pleiten und Wirtschaftskrisen entwickeln.

Verbunden mit den direkten wirtschaftlichen Interessen an einer Besatzung Afghanistans spielen strategische Interessen eine wichtige Rolle. Afghanistan liegt geographisch zwischen den aufstrebenden Weltmächten China, Russland und Indien, sowie dem Iran. Diese Staaten konkurrieren alle mit den bisher mächtigsten imperialistischen Staaten: China und Russland gelten insbesondere was den Zugriff auf Rohstoffvorkommen, sowie auf Investitions- und Absatzmärkte angeht als Konkurrenten der Nato-Staaten beziehungsweise ihrer Konzerne. Vor allem mit Russland ist ein Wettlauf um die Einflussnahme auf die Staaten der ehemaligen Sowjetunion entbrannt, die entweder selbst über große Rohstoffvorkommen verfügen oder durch deren Gebiet zentrale Transport-Routen verlaufen. Dieser Wettlauf hat nach einer kurzen Phase der Entspannung nach dem Ende der Sowjetunion längst wieder einen militärischen Charakter. Die Atommacht Indien kooperiert zwar noch eng mit westlichen Ländern, wird aufgrund ihrer Größe und ihres Wirtschaftswachstums aber ebenfalls als potentieller Konkurrent betrachtet.

Der Iran ist insbesondere wegen seiner großen Erdöl- und noch nicht angetasteter Erdgasvorkommen ein Objekt westlicher Be-

gierden. Aufgrund seiner eigenen politischen und ökonomischen Herrschaftsansprüche verweigert der Iran auf verschiedenen Gebieten – besonders in der Atomproduktion – die Kooperation mit den westlichen Staaten und ist somit ein potenzieller Kriegsgegner. EU- und USA-Vertreter aus Politik und Wirtschaft fordern eine militärische Intervention und es scheint, dass diese nur noch durch die schwierige Lage in Afghanistan aufgehalten wird. Die strategische Bedeutung Afghanistans wird auch vom US-Präsidentenskandidat Barack Obama, der offiziell für einen »Wandel« in der US-Politik eintritt, offen formuliert. Er will den Krieg in Afghanistan »bis zum Sieg« fortführen, unter anderem um eine »militärische Präsenz an den Türschwellen des Iran, Chinas, Pakistans und Indiens« sichern zu können.

Die Wichtigkeit Afghanistans und anderer Länder in der Region, in denen die Nato-Truppen bereits feste militärische Stützpunkte haben, wurde schon vom US-amerikanischen Sicherheits- und Geostrategen Zbigniew K. Brzezinski* in den 90er Jahren formuliert: Die »eurasische Landmasse ist wie ein Schachbrett, auf dem sich in Zukunft die globale Vorherrschaft abspielen werde«.

* Zbigniew K. Brzezinski ist heute unter anderem Berater im Team für Außenpolitik des demokratischen Präsidentschaftskandidaten Barack Obama. Er ist bereits seit den 50er Jahren Berater verschiedener hochrangiger US-Politiker. Allein Stichwörter der umtriebigen Biographie der grauen Eminenz könnten leicht eine Seite füllen – nur soviel an dieser Stelle noch: Brzezinski war einer der Verantwortlichen für die Unterstützung islamistisch-fundamentalistischer Kräfte seit Mitte 1979 gegen die säkulare und vergleichsweise fortschrittliche Regierung Afghanistans die von der Sowjetunion unterstützt wurde. Mit der so erfolgten Herausforderung des Afghanistan-Krieges der Sowjetunion von 1979 bis 1989 mit fast 1,5 Millionen Toten sei die Sowjetunion seinen eigenen Worten nach erfolgreich in die »Afghanische Falle« gelockt und entscheidend geschwächt worden. Siehe auch »junge Welt« Nummer 149 und 150 vom 28. und 30. Juni 2008.

Neben den wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen, erfüllte Afghanistan aufgrund seiner innenpolitischen Situation nahezu perfekte Voraussetzungen für einen Nato-Militäreinsatz. Weil das Land infolge des Bürgerkrieges und der Talibanherrschaft kaum über eine eigene funktionierende politische und wirtschaftliche Struktur verfügte, schien es möglich, es von Grund auf nach den Interessen der Besatzungsmächte aufzubauen: militärische Zerschlagung des alten Regimes; Installation einer den Nato-Staaten freundlich gesinnten Regierung und deren militärische Absicherung gegen den Widerstand in der Bevölkerung; Aufbau des politischen und wirtschaftlichen Systems nach den Interessen der Unternehmen der Besatzer; Schaffung polizeilicher, geheimdienstlicher und militärischer Strukturen, die eng und langfristig mit den westlichen imperialistischen Ländern zusammenarbeiten.

Im Prozess der Umstrukturierung der Armeen der Nato-Staaten sollte Afghanistan neben den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens, wo auf ganz ähnliche Weise vorgegangen wurde, ein weiterer Prüfstein für die Schlagkräftigkeit der Nato werden. Die zunehmenden Schwierigkeiten müssen folglich in der Logik der Nato-Strategen durch eine weitere Aufrüstung der Nato und eine Intensivierung des Krieges gelöst werden. Es geht schließlich darum, die Kampfkraft der Nato und ihr Drohpotential auszubauen. Eine Niederlage oder ein Rückzug würden dies torpedieren.

In der propagandistischen Sprache der Kriegstreiber hört sich dies zum Beispiel so an, wie Victoria Nuland, US-Botschafterin der Nato, es im Februar 2008 zur Nato-Sicherheitskonferenz ausdrückte: »Wenn wir am Hindukusch Erfolg haben, werden wir



INTERNETADRESSE VON ANTIMILITARISTISCHEN GRUPPEN, BÜNDNISSEN UND KAMPAGNEN

Bündnis gegen den Nato-Gipfel 2009

www.natogipfel2009.blogspot.de

Infos zur Nato-Kriegstagung in München

www.no-nato.de

Berliner Friedensbündnis

www.achse-des-friedens.de

Bundeswehr wegtreten

www.bundeswehr-wegtreten.org

Büro für antimilitaristische Maßnahmen

www.bamm.de

Gegen Wehrpflicht, Zwangsdienste und Militär

www.kampagne.de

Gegeninformationsbüro

www.gegeninformationsbuero.de

Informationsstelle Militarisierung

www.imi-online.de

Informationen zur deutschen Außenpolitik

www.german-foreign-policy.com

Gegen das Bombodrom

www.resistnow.freieheide-nb.de

auch das nächste Mal stärker sein, wenn wir aufgerufen sind, unsere Sicherheit und Werte weit weg von zu Hause zu verteidigen.«

Wenngleich Afghanistan weder, was die Kaufkraft der Bevölkerung, noch die Produktionsbedingungen betrifft, besonders interessant erscheint, geht es bei der Besatzung doch auch um die Durchsetzung eines neoliberalen Wirtschaftsmodells, der Ausrichtung der Wirtschaft und der Gesetzgebung nach Verwertungsinteressen. Dies selbstverständlich vor allem im Sinne der Unternehmen der imperialistischen Länder. Konkret bedeutet dies geringe Steuern für Unternehmen, wenige Auflagen und Einschränkungen für den Absatz ihrer Produkte, wenige Rechte für die ArbeiterInnen und ähnliches.

Nicht nur im Hinblick auf den Zugang zu Rohstoffen hat das westliche Kapital Interesse an Afghanistan, sondern auch um dort Fuß zu fassen und von dort letztlich auch weiter expandieren zu können. Die mit gentechnisch verändertem Saatgut handelnden Unternehmen Bayer und Monsanto investieren in Afghanistan ebenso wie westliche Baufirmen und Sicherheitsunternehmen.

Zumindest in einem Punkt dürften sich die tatsächlichen Kriegsgründe und die Propaganda der Kriegsparteien decken: Der Versuch, die Taliban zu schwächen und von der Macht zu verdrängen, stellte einen Grund für das militärische Engagement dar. Dies hat allerdings nichts mit einem Eintreten für Menschenrechte zu tun. Die Taliban, die – wie ähnliche Organisationen unter anderem in Palästina und dem Iran – einst als Gegengewicht zu starken linken und kommunistischen Bewegungen und Organisationen von westlichen Geheimdiensten unterstützt, wenn nicht aufgebaut wurden, wurden an der Macht schlicht

zum Problem für ihre einstigen Unterstützer und Ziehväter: Sie erwiesen sich nicht als treue Verbündete im Hinblick auf die Interessen des Westens, sondern waren wichtiger Teil einer sich im Aufbruch befindenden weltweiten islamistischen Bewegung, die sich in Konfrontation mit der Dominanz der westlichen Staaten begreift.

Die genannten Gründe für den Krieg in Afghanistan greifen alle ineinander über und bedingen sich gegenseitig. Die katastrophale Situation für die Menschen in Afghanistan ist für die Kriegsparteien nicht von Bedeutung. Die wenigen Verbesserungen durch ziviles Engagement der westlichen Länder sind für diese allenfalls Nebenprodukte, die in erster Linie zur öffentlichen Rechtfertigung des Krieges dienen.

KONKURRENZ UND ZUSAMMENARBEIT DER WESTLICHEN IMPERIALISTISCHEN STAATEN

Der Krieg gegen Afghanistan kann nur durch einen Blick auf die allgemeinen Planungen der Nato-Staaten in seinem tatsächlichen Ausmaß begriffen werden. Unter dem Schlagwort »Neuordnung der Welt« wurden bereits vor 2001 – also keineswegs, wie öffentlich dargestellt erst als Reaktion auf die Anschläge des 11. September – Pläne zu einer verstärkten Zusammenarbeit der führenden imperialistischen Staaten geschmiedet. Am Beispiel Afghanistans ist die Umsetzung der globalen Interessen der imperialistischen Staaten zu erkennen:

- die weitere neoliberale Umstrukturierung der politischen und wirtschaftlichen Systeme in allen Teilen der Welt, um sie als Investitions- und Absatzmärkte für die Unternehmen der westlichen imperialistischen Staaten zu erschließen
- die Abgleichung der jeweiligen Interessen im Hinblick auf den Zugang zu Rohstoffen wie Öl und Erdgas
- einen möglichst weitgehend abgestimmten Umgang mit aufstrebenden konkurrierenden Weltmächten, insbesondere China und Russland
- die Aufrüstung der Nato zu einer schlagkräftigen Interventionsarmee, zur militärisch Durchsetzung der eigenen Interessen
- und schließlich die länderübergreifende Bekämpfung oppositioneller sowohl linker und revolutionärer als auch islamistischer Bewegungen und Organisationen.

Die Zusammenarbeit der führenden imperialistischen Länder, genauer ihrer Kapitalverbände und Regierungen, und die Herausbildung der genannten Ziele begann bereits nach dem zweiten Weltkrieg, um gemeinsam den »Kalten Krieg« gegen das »Sozialistische Lager« zu führen. Der Weltwirtschaftsgipfel (WWF), später in G7 beziehungsweise G8 umbenannt, die World Trade Organisation (WTO) und eben die Nato als gemeinsames Militärbündnis wurden gegründet. Es ging also darum, die Kontrolle der Weltwirtschaft, des Welthandels und die militärische Dominanz gegen jede Konkurrenz gemeinsam zu entwickeln und zu sichern.

Trotz aller gemeinsamer Planungen, gegenseitiger Unterstützung und zusammen begangener Verbrechen kann von einem einheitlichen Machtblock nur bedingt die Rede sein. Die innerimperialistische Konkurrenz schafft – je nach Weltlage – wechselnde und temporäre Machtkonstellationen für die Durchsetzung nationaler Interessen. Als Beispiele sei hier an die unterschiedlichen Positionen innerhalb der EU in Bezug auf den Krieg gegen den Irak erinnert, an die Differenzen zur Installation des sogenannten »US-Raketenschildes« in Polen und der Tschechischen Republik und an die »Handelskriege« zwischen EU und USA, um Anteile auf dem Weltmarkt.

Diese Differenzen bestehen nicht nur zwischen den verschiedenen Machtkonstellationen sondern auch zwischen den einzelnen Ländern und zwischen den verschiedenen Fraktionen innerhalb der Ländergrenzen. Die Regierung unter Kanzler Gerhard Schröder etwa forcierte eine Annäherung an Russland und eine Konkurrenz zu den USA.

Seit der großen Koalition unter Führung der CDU-Kanzlerin nahm die deutsche Außenpolitik gegenüber Russland wieder wesentlich feindlichere und den USA gegenüber freundlichere Züge an. Dies liegt an den unterschiedlichen Interessen einzelner Kapitalfraktionen und inwieweit diese sich eher am russischen oder US-amerikanischen Markt orientieren.

Es ist an dieser Stelle nur möglich, eine allgemeine Tendenz aufzuzeigen: Noch sind die Konstellationen relativ flexibel, wenngleich die Politik zwischen den USA und Russland konfrontativer wird und die führenden europäischen Länder – also der sich offensiv formierende »Machtblock Kerneuropa« – dazu noch keine einheitliche Position einnimmt. Sie verfolgen aber weitgehend gemeinsame Strategien. Dort wo, es unterschiedliche Interessen gibt, weichen diese einem Pragmatismus, wenn von einer der Fraktionen Fakten geschaffen werden. Das war die deutsche Politik zum Irakkrieg: Aufgrund von guten wirtschaftlichen Kontakten mit dem Regime unter Saddam Hussein waren die deutsche Regierung, große Teil der Wirtschaft und ebenso ein Großteil der deutschen Medienlandschaft gegen den Einmarsch der US-Truppen. Als dieser dennoch stattgefunden hat, wurde sich damit arrangiert, die US-Truppen auf vielfältige Weise unterstützt und sogar die Berichterstattung der Medien war innerhalb kürzester Zeit von allzu heftiger Kritik bereinigt.

Alles in allem kann zusammengefasst gesagt werden: Die führenden imperialistischen Länder unterstützen sich dort gegenseitig, wo es Gemeinsamkeiten gibt und teilen sich ihre »Beute«. Dort wo es unterschiedliche Interessen gibt, lassen sie die Konflikte (noch) nicht eskalieren. Das trifft auch für den Krieg gegen Afghanistan zu: Die USA wollen ein ähnliches Desaster, wie es einst die Sowjetunion erlebte, vermeiden und haben daher ein Interesse daran möglichst viele Länder mit ins Boot zu bekommen. Die BRD und die weiteren Nato-Staaten zogen mit, um ihre Interessen in der Region durchzusetzen und selbst möglichst viel vom Kuchen abzubekommen.

Die weltweit stattfindende Aufrüstung macht deutlich, dass zukünftige militärische Auseinandersetzungen zwischen den Machtblöcken nicht ausgeschlossen sind. Der Angriff Georgiens auf Südossetien, kann nur als Vorboten gedeutet werden für eine zukünftige Verschärfung militärischer Konflikte bis hinein in die kapitalistischen Zentren, die – was Europa betrifft – 63 Jahre vom Krieg verschont waren. Deshalb ist es wichtig, gegen jegliche Art der Aufrüstung und Einsätze des Militärs aktiv zu werden und den Anfängen erneuter großer Kriege mit ihren katastrophalen Folgen entschlossenen Widerstand entgegenzusetzen.

Die Widersprüche zwischen einzelnen Kapitalfraktionen wie auch zwischen einzelnen imperialistischen Ländern beziehungsweise ihren Regierungen bedingen letztlich auch ihre Schwäche und damit unsere Möglichkeiten. Je schwieriger der Ablauf ihres Systems und die räumliche Eingrenzung von Konflikten werden, je offener einzelne Widersprüche aufbrechen und die Abstimmung der Herrschenden darunter leidet, desto näher rückt die Möglichkeit einer Perspektive zur Überwindung des Kapitalismus. Neben vielen weiteren Punkten ist es dafür jedoch entscheidend, sich nicht auf die

Seite der einen oder der anderen Kriegstreiber und Sozialabbauer zu schlagen, sondern sie als ein und dieselben Vertreter einer menschenverachtenden Politik zu erkennen und zu bekämpfen. Weder die Vertreter eines Europas des europäischen Kapitals, das sich in Konkurrenz zu den USA begreift, noch diejenigen, die behaupten gemeinsam mit den USA den Weltfrieden herbeizubomben zu können, sind hierbei zu bevorzugen.

INNERE AUFRÜSTUNG UND MILITARISIERUNG

Die Aufrüstung der Bundeswehr zur Interventionsarmee für weltweite Kriegseinsätze hat die Militarisierung der Gesellschaft zur Folge. Das wird von der Mehrheit der Bevölkerung kaum wahrgenommen, da vor allem das Eindringen der Militärs in die zivile Verwaltung und die zivilen Institutionen nicht öffentlich debattiert wird.

Mit dem Konzept Heimatschutz wurden in 426 Landkreisen und kreisfreien Städten in den Rathäusern Kommandostellen der ZMZ (Zivilmilitärische Zusammenarbeit) installiert, in denen die Militärs das Kommando haben. Hinzu kommen Gremien, die die Polizei, Bundeswehr, Katastrophenschutz, und Feuerwehr zusammenführen.

In Berlin-Treptow laufen alle Fäden im so genannten »Terrorismus-Abwehrzentrum« zusammen. Zu ihnen gehören Bundeskriminalamt, Bundesnachrichtendienst, Kriminal- und Verfassungsschutzämter der Länder, Bundespolizei, Zollamt, Militärischer Abschirmdienst, Generalbundesanwaltschaft und das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

Eine solche konzentrierte Zusammenarbeit der Repressionskräfte hat es hier das letzte Mal im Reichssicherheitshauptamt der Nazis gegeben. Heute nennen sie es »Vernetzte Sicherheit«. Der Einsatz von Militär im Innern ist in der BRD nach Artikel 26 und 87a des Grundgesetzes nur im Verteidigungsfall oder im Katastrophenfall, dann aber unbewaffnet, gestattet. Zur Fußball-WM 2006 und bei den Anti-G8-Protesten 2007 in Heiligendamm gab es illegale Bundeswehreinmärsche. Es ist nur eine Frage der Zeit, wann das Grundgesetz dahingehend verändert wird, dass das Militär auch legal gegen »innere Feinde« eingesetzt werden darf: also gegen DemonstrantInnen, streikende ArbeiterInnen, radikale Linke. Aus dem Innenministerium kommen diese Forderungen seit einigen Jahren. Das Ziel ist die völlige Aufhebung der Trennung von Militär und Polizei, von Polizei und Geheimdiensten, von innerer und äußerer Sicherheit.

Noch sind zwei Drittel der Bevölkerung in der BRD gegen den Krieg in Afghanistan und gegen eine kriegerische Außenpolitik. Aber Bundeswehr, Wirtschaft und Politik entwickeln abgestimmte und ausgefeilte Konzepte, um die gesellschaftliche Meinung zu manipulieren und die Kriegsbereitschaft zu erhöhen. Dazu gehört – mit Unterstützung der Medien – die Beschwörung der »Terrorgefahr«, der Aufbau von Feindbildern, das Reinwaschen der Bundeswehr von ihren historischen Verbrechen einerseits und der Bezug auf Kriegstraditionen andererseits, öffentliche Gelöbnisse, die Kampagnen »Bundeswehr als Zukunftsperspektive« für Jugendliche in Schulen und Arbeitsämtern, die Besetzung der Unis mit Dozenten der Bundeswehrakademie, das Eindringen von Kriegsinteressen in die Forschung.



ZUSAMMEN KÄMPFEN GEGEN KRIEG UND BESATZUNG

GEGEN DIE KAPITALISTISCHE LOGIK VON KONKURRENZ UND PROFIT – FÜR EINE GESELLSCHAFT OHNE AUSBEUTUNG UND UNTERDRÜCKUNG

FÜR EINE PERSPEKTIVE JENSEITS VON KRIEG UND FUNDAMENTALISTISCHEN REGIMES

Nichts führt daran vorbei, für ein Ende von Krieg und Besetzung in Afghanistan einzutreten. Nach sieben Jahren, in denen das Land unter maßgeblicher Beteiligung Deutschlands zerstört wurde, ist es dafür höchste Zeit. Für eine starke Bewegung gegen diesen und weitere Kriege ist es heute dringend notwendig, eine klare Positionierung zu entwickeln und aufzuzeigen, dass eine Alternative zur Besetzung durch Nato-Truppen keineswegs einen erneuten religiösen Gottesstaat bedeutet.

KEIN FRIEDE MIT DER NATO – NATO-TREFFEN VERHINDERN

Die Demonstrationen in Berlin und Stuttgart gegen den Afghanistan-Krieg am 20. September 2008 sind der Auftakt zu einer längeren Kampagne gegen Krieg und Militarisierung. Im Frühjahr 2009 will die Nato in Straßburg (Frankreich) und Kehl (BRD) ihr 60-jähriges Bestehen feiern. Voraussichtlich von Freitag bis Samstag den 3. und 4. April 2009 werden die Kriegsstrategen ihre Feierlichkeiten abhalten. Gegen dieses Treffen hat sich eine internationale Mobilisierung entwickelt, die die kommenden Aktionen und Proteste vorbereitet. Bereits im Februar werden sich die Kriegstreiber in München zur alljährlichen Nato-Sicherheitskonferenz zusammenfinden. Diese beiden Treffen der Kriegselite gilt es zu verhindern. Informationen zu den Vorbereitungen und Aktivitäten gegen die Nato unter: www.natogipfel2009.blogspot.de, www.gipfelsoli.org und www.no-nato.de.

Es hat in Deutschland Tradition, dass sich auch ein Teil der Linken, sobald ein Krieg begonnen wurde, in den Kreis der bürgerlichen und rechten Kriegsunterstützer einreihet. Mit dem Verweis auf das Ende der Talibanherrschaft wird die Besetzung als »kleineres Übel«, wenn nicht als »Herbeibomben der Zivilisation« begrüßt.

Aber auch die undifferenzierte Haltung zum »antiimperialistischen Widerstand« ist fragwürdig. Sämtliche Kräfte des Widerstands in Afghanistan führen objektiv einen antiimperialistischen Kampf, da sie gegen die militärische Eroberung und Besetzung ihres Landes durch imperialistische Armeen kämpfen. Dieser Widerstand aller Kräfte ist unbestreitbar legitim. Die Motive und Ziele, für die sie kämpfen, sind allerdings höchst unterschiedlich und so werden die Ziele zum Beispiel der Taliban, dem gesellschaftlichen Fortschritt nach der Befreiung des Landes im Wege stehen. Darum ist es notwendig, den Charakter der fundamentalistischen Kräfte als zutiefst rückschrittlich, autoritär und der Befreiung des Menschen entgegenstehend deutlich zu machen. Ihre Zielsetzung ist nicht antiimperialistisch und auch nicht antikapitalistisch, sondern emanzipationsfeindlich. Es geht also nicht darum, einen Sieg der Besatzer oder einen Sieg der Taliban zu unterstützen, sondern den Krieg zu beenden und die fortschrittlichen und linken Kräfte zu unterstützen.

Frauenrechtsorganisationen, Gewerkschaften, linke Organisationen und andere stellen sich aus gutem Grund nicht als eine »Teil des Widerstandes gegen die Besetzung« in eine Front mit den reaktionären Gruppen. Stattdessen versuchen sie aus der jeweiligen Situation das Beste zu machen. Im Interview mit einem Aktivisten aus der Linken Afghanistans auf Seite 12

werden einige Informationen zum Kampf der fortschrittlichen Kräfte gegeben. Ihnen allein muss unsere Unterstützung gelten. Nur durch ihren Widerstand, ob militärisch, durch Streiks oder auf andere Weise und unser Handeln im Hinterland der Kriegsparteien kann der Krieg wirklich beendet und eine neue Gesellschaftsordnung in Afghanistan verwirklicht werden.

DEMONSTRATIONEN AM 20. SEPTEMBER 2008 IN BERLIN UND STUTTGART

Bei den Demonstrationen am 20. September in Stuttgart und Berlin werden insgesamt mehrere tausend Menschen erwartet. Ein breites Bündnis bestehend aus Friedensinitiativen, Attac, Aktiven aus den Gewerkschaften sowie linken und revolutionären Organisationen ruft zur Beteiligung auf. Mit den Demonstrationen und weiteren Aktivitäten soll Druck auf die Abgeordneten im Bundestag ausgeübt werden, die im Herbst für eine Verlängerung und Erweiterung des Bundeswehreinsatzes stimmen sollen. Einzig die Partei die Linke lehnt eine deutsche Kriegsbeteiligung geschlossen ab.

Durch die geplanten Demonstrationen und Protestaktionen allein kann die deutsche Kriegsbeteiligung zwar nicht gestoppt werden, ohne diese Aktivitäten jedoch erst recht nicht. Gegen die schrittweise Erweiterung gilt es nun den Druck zu verstärken und gemeinsam auf die Straße zu gehen und ständige Proteste zu organisieren. Die jetzigen Aktivitäten müssen als Ausgangspunkt dienen, um eine starke Bewegung gegen Krieg und Aufrüstung zu entwickeln und Organisationen zu schaffen und zu unterstützen, die kontinuierlich aktiv sind und den Kriegstreibern entschlossenen Widerstand entgegensetzen.

Die Bündnisse der beiden Demonstrationen solidarisieren sich auch ausdrücklich mit den Aktivitäten gegen den, ebenfalls am 20. September stattfindenden, »Anti-Islamisierungskongress« in Köln. Rechte und Faschisten aus mehreren europäischen Ländern versuchen dort die zunehmende Hetze gegen alle Menschen muslimischen Glaubens für ihre Propaganda aufzugreifen. Während wir auf den Demonstrationen gegen die direkten militärischen Angriffe protestieren, werden in Köln tausende gegen die Angriffe in Form der rassistischen anti-muslimischen Hetzer aktiv sein und versuchen den Kongress zu verhindern.

PROZESS GEGEN BERLINER ANTIMILITARISTEN

Am 25. September 2008 beginnt der Prozess gegen Oliver, Florian und Axel, denen der Versuch, Bundeswehr-LKWs in Brand zu setzen, vorgeworfen wird. Die drei Berliner werden beschuldigt, Ende Juli 2007 auf dem Gelände der Rüstungsfirma MAN in Brandenburg Brandsätze unter Bundeswehrfahrzeuge gelegt zu haben. Außerdem werden sie nach Paragraph 129 StGB angeklagt, Mitglieder in der »militanten gruppe« (mg) zu sein. Während hunderttausende Menschen in den letzten Jahren von Nato-Soldaten getötet, verwundet oder vertrieben wurden, werden die drei Kriegsgegner wegen ihres handfesten Beitrags zur Abrüstung angeklagt. Die von staatlicher Verfolgung Betroffenen brauchen unsere Solidarität, denn nur gemeinsam können wir uns der Repression wirksam entgegenstellen. Weitere Informationen zum Prozessauftritt und den laufenden Solidaritätsaktionen sind auf www.einstellung.so36.net zu finden.

KRIEGE SABOTIEREN – KAPITALISMUS ABSCHAFFEN! HINEIN IN DEN ANTIKAPITALISTISCHEN BLOCK

Dass Rüstungsausgaben und militärische Konflikte weltweit zunehmen, ist kein Zufall. Diese Entwicklung ist bedingt durch das kapitalistische System und seine Krisenerscheinungen. Dem Antrieb dieses Systems, Profite zu erwirtschaften und die Privilegien der Wenigen, die über die Produktionsmittel bestimmen, zu erhalten und auszubauen, muss zwangsläufig alles andere untergeordnet werden. Imperialistische Kriege gehören ebenso zu den Konsequenzen wie die Steigerung der Ausbeutung durch Lohnkürzungen und Arbeitszeitverlängerungen oder die Umstrukturierung sämtlicher gesellschaftlicher Bereiche nach Verwertungsinteressen des Kapitals: öffentlicher Verkehr, Kommunikation, Energieversorgung und zunehmend das Bildungs- und Gesundheitswesen. Dabei wird penetrant beschworen, all dies diene, wenn nicht der ganzen Menschheit, so doch der ganzen Bevölkerung der BRD: »Standortsicherung«, »Schaffung von Arbeitsplätzen« und »Zugang zu Rohstoffen« sind die Schlagworte, die uns bürgerliche Parteien, Kapitalverbände und ihre Presse täglich zur Begründung ihrer Politik um die Ohren werfen. Jede Alternative zu ihrem System sei utopisch, wird täglich beteuert, und ein antikommunistischer Konsens beschworen. Utopisch ist jedoch eine lebenswerte Zukunft in einem System, in dem heute weltweit jährlich 1000 Milliarden Euro für Rüstung und Militär ausgegeben werden (zweidrittel davon in den USA und der EU), während nur 175 Milliarden Euro nötig wären, um weltweit Bildung, Gesundheits- und Wasserversorgung für alle Mensch sicherzustellen, einem System, in dem die Schere zwischen reich und arm täglich weiter auseinanderklafft und die Antwort der herrschenden Klasse auf die daraus resultierenden Probleme Gesetzesverschärfungen und der Ausbau der staatlichen Überwachung sind.

Ihre kapitalistische Logik, die keinen Ausweg als immer weitere Verschärfungen zur Sicherung des Ablaufs ihres Systems kennt, ist jedoch nicht unsere Logik. Unsere Zukunftsperspektiven sind nicht die Vergeudung von Ressourcen für Krieg und Besatzung, nicht gesteigerte Ausbeutung für die einen und Arbeitslosigkeit für die anderen, nicht Reichtum für eine kleine Schicht und Armut für viele und nicht die hemmungslose Zerstörung der Umwelt für Profitinteressen. Eine andere Welt, in der selbst über Arbeitsbedingungen und alle Bereiche des Lebens entschieden werden kann und dies nicht den Charaktermasken des Kapitals überlassen wird, ist längst möglich. Um diese Welt zu schaffen



GRAFFITI IN DER TSCHECHISCHEN REPUBLIK:
»AUF DIESE WEISE GEGEN DIE NATO«

AUFRUHR, WIDERSTAND – KLASSENKAMPF STATT VATERLAND!

Es gibt vielfältige Möglichkeiten gegen Krieg und Militarisation aktiv zu werden. Die Kampagne »Bundeswehr Wegtreten« organisiert erfolgreiche Proteste gegen die Werbeveranstaltungen der Bundeswehr in den Agenturen für Arbeit. Durch die Protestaktionen wurde es der Bundeswehr für einige Zeit unmöglich gemacht in Berlin und Köln ihre Werbemaßnahmen durchzuführen. Auch die Auftritte der Bundeswehr auf Messen, in Schulen und Universitäten, sowie die »KarriereTreffs« wurden in rund 40 Städten gestört. Die öffentlichen Gelöbnisse der Bundeswehr wurden immer wieder versucht zu stören. In Berlin fand dieses Jahr das Gelöbnis zum ersten Mal vor dem Reichstag statt, dieser Ort soll vermutlich in den kommenden Jahren wieder genutzt werden, ein Grund mehr den Protest dagegen wieder zu verstärken.

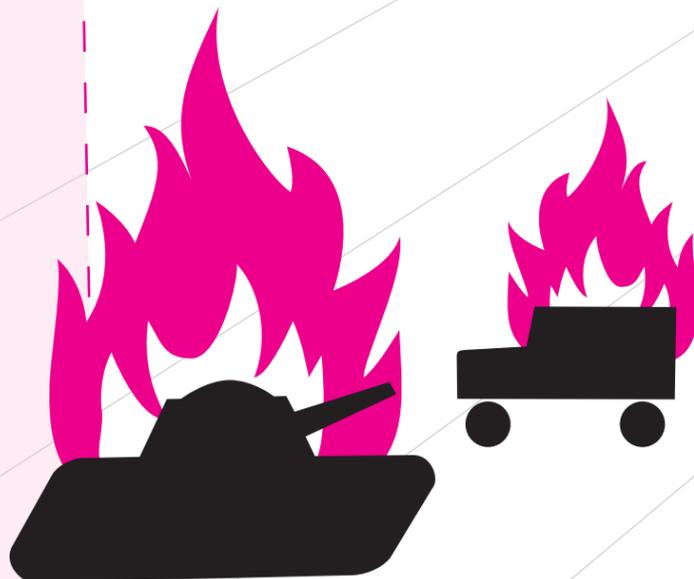
Die Unterstützung von Kriegsdienstverweigerern ist ebenfalls eine zentrale Aufgabe der Anti-Kriegsbewegung. Auch kleine Aktionen, wie das Schreiben von Postkarten und Briefen an Gefangene stellt eine einfache Form der Solidarität zu zeigen. Aktuell zum Beispiel ist es wichtig drei US-Soldaten zu schreiben, die im US-Militärgefängnis in Mannheim sitzen, weil sie den Kriegseinsatz in Afghanistan verweigert haben. Desweiteren hat es diverse direkte Aktionen mittels Farbbeutel, Glasbruch und Brandsätzen gegen Kriegsgerät und gegen Rüstungsfirmen gegeben.

Informationen zu Aktionen und Protesten sind zu finden unter: www.friko-berlin.de, www.bundeswehr-wegtreten.org und www.bamm.de/geloebnix.

ist viel nötig – der gemeinsame Kampf gegen Sexismus und Rassismus, das Eintreten gegen die Gefahr des Faschismus, gegen immer weitere Angriffe auf unsere Rechte am Arbeitsplatz und gegen die staatliche Aufrüstung nach innen und außen. Letztlich müssen die vielen einzelnen Kämpfe aber zusammengeführt werden, in die Offensive kommen und in einer starken Organisation münden, die sich mit nicht weniger zufrieden gibt als dem Umsturz der herrschenden kapitalistischen Verhältnisse und dem Aufbau einer befreiten Gesellschaftsordnung.

Wir rufen daher zur Beteiligung an einem antikapitalistischen Block bei der Demonstration in Berlin und bei der Demonstration in Stuttgart auf. So wichtig breite Bündnisse sind, so wichtig ist es auch, klare Inhalte und eine antikapitalistische und revolutionäre Ausrichtung zu vertreten.

- **Gemeinsam gegen Krieg und Aufrüstung!**
- **Sofortiger Abzug aller Soldaten der Bundeswehr und der Nato!**
- **Entschädigung in Form von Geldern für humanitäre Projekte und den tatsächlichen Wiederaufbau der Infrastruktur!**
- **Solidarität mit den linken und revolutionären Kräften in Afghanistan!**
- **Einstellung der Paragraphen-129-Verfahren gegen Antimilitaristen**
- **Für eine revolutionäre Perspektive! Für den Kommunismus!**



ANTIKAPITALISTISCHER BLOCK

DEMONSTRATION

SAMSTAG 20. SEPTEMBER 2008

Berlin ★ 12 Uhr ★ Brandenburger Tor

Stuttgart ★ 12 Uhr ★ Hauptbahnhof*

*TREFFPUNKT FÜR DEN BLOCK: LAUTENSCHLAGERSTRASSE ECKE KRONENSTRASSE

